

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 2.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsrate pro Spalte, Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlfk. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, 20. Januar 1906.

Verlag:  
A. Bohrer, Hannover, Burgstraße 9.  
Verantwortlicher Redakteur:  
August Brey, Hannover, Burgstraße 9, I.  
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

15. Jahrg.

## Arbeitszeit in der Konserven-Industrie.

Zwar ist durch die Reichsgewerbeordnung die Arbeitszeit für die Arbeiterinnen auf 11 Stunden täglich bemessen, allein dieses Reichsgesetz ist im Duodezstaat Braunschweig für die Konservenindustrie völlig außer Kraft gesetzt. Den Fabrikanten wurde bisher von den unteren Verwaltungsbehörden in weitestem Maße die zulässige Ueberarbeitszeit bewilligt. Doch das genügt den Herren durchaus nicht. Es hat sich bei ihnen das „eigene Recht“ herausgebildet, daß sie, ohne überhaupt eine Behörde zu fragen, die Arbeiterinnen ganz nach Belieben von morgens 5 Uhr bis nachts 11, 12 und 1 Uhr und auch den ganzen Sonntag beschäftigten, so daß eine große Zahl Arbeiterinnen gezwungen war, täglich 16 bis 19 Stunden in stidiger, heißer, von Konservendüften geschwängelter Luft angestrengt zu arbeiten. Dieses Würgen gegen die elementarsten Pflichten der Menschlichkeit wird von den skrupellosen Fabrikanten monatelang betrieben. 90- bis 105stündige wöchentliche Arbeitszeit für die Frauen sind etwas ganz gewöhnliches.

Die Fabrikanten sind in ihrem Treiben so anmaßend geworden, daß sie es offen in ihrer Zeitung („Konserven-Zeitung“) auszusprechen wagten, für die Arbeiterinnen in der Konservenbranche brauche es überhaupt keine Schutzbestimmungen zu geben, da diese Arbeit mit Fabrikarbeit nicht verglichen werden könne. Die Herren gestehen offen zu, daß bei ihnen häufig gesetzwidrige Arbeitszeitverlängerungen vorgenommen werden.

Von einer Beaufsichtigung der Betriebe durch die Fabrikinspektoren — die übrigens in ihrer jetzigen Zahl gar nicht in der Lage sind, die ihnen zugemutete Arbeit leisten zu können — ist absolut keine Rede. Aber auch die Polizei läßt die tagtäglich vor ihren Augen sich abspielende öffentliche Gesetzesverletzung ohne weiteres zu, wenn ihr nicht direkte Anzeigen gegen die Fabrikanten zugehen, so daß sie gezwungen ist, einzugreifen. Die Staatsregierung weiß seit Jahren von diesen skandalösen Vorgängen in den Fabriken, ohne daß sie Veranlassung genommen hätte, eine schärfere Ueberwachung der Betriebe anzuordnen. Die Fabrikanten waren des ausgeprägtesten Wohlwollens der Behörden so sicher, daß sie sich mit dem ausgesprochenen Gedanken trugen, an die Aufsichtsbehörden und die gesetzgebenden Körperschaften das Ersuchen zu richten, ihnen zu gestatten, den Betrieb mit Frauen während der Kampagne bis nachts 12 Uhr offen zu halten. Sie rechneten dazu bestimmt auf die Beihilfe der — Gewerbeinspektion, von welcher die „Konservenzeitung“ schlankweg behauptete, daß diese zweifellos die nachgesuchte Erlaubnis zur Arbeitszeitverlängerung erteilen würde!

Die in der Konservenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen sind zu mindestens 90 Prozent verheiratete Frauen, die hierbei den schmalen Verdienst ihrer Ehemänner etwas zu ergänzen suchen. Doch womit müssen diese armen Wesen den geringen Lohn, der 13 und 14 Pfennige, selten 15 Pf. pro Stunde beträgt, erkaufen! Daß die lange Arbeitszeit das Familienleben auf Monate völlig beseitigt, daß die Gesundheit dieser armen Proletarierinnen gewaltsam untergraben wird, was kümmert das die Fabrikanten und die Behörden! Im verflorenen Sommer hat nun eine lebhaftere Bewegung unserer Kollegen gegen die ungesetzliche Handlungsweise der Konservenfabrikanten eingesetzt, wacker unterstützt durch den „Vollsfreund“. Das hat geholfen.

Jetzt plötzlich ist das Staatsministerium aus seiner Ruhe aufgeschreckt. Es hat die betreffenden Nummern unseres Parteiblattes der Braunschweiger Handelskammer zugestellt und dabei folgendes Schreiben an dieselbe gerichtet:

In den u. A. beigefügten drei Nummern des „Vollsfreundes“ (176, 249, 253) sind lebhafteste Klagen darüber geführt worden, daß in diesem Jahre die Arbeiter und vor allem die Arbeiterinnen in den Konservenfabriken Monate hindurch in sehr erheblicher Weise über die zulässige Arbeitszeit hinaus beschäftigt worden sind. Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß tatsächlich die bestehenden Vorschriften über die Arbeitszeiten für Arbeiterinnen in den Konservenfabriken von den Fabrikanten andauernd übertreten sind.

Wir verkennen nicht, daß die Konservenfabrikanten infolge der unter Umständen außerordentlich gesteigerten Zufuhr von Rohmaterialien in eine schwierige Lage geraten können, und wir haben, wie der Handelskammer bekannt ist, in Anerkennung dieser Verhältnisse in den Jahren 1897 und 1903 die Wünsche der Handelskammer und des Vereins deutscher Konservenfabrikanten auf Verlängerung der Arbeitszeiten für weibliche Personen beim Reichsamt des Innern lebhaft befürwortet. (Diese fürsorgliche Regierung!) Da aber der Bundesrat eine Abänderung der bestehenden Vorschriften abgelehnt hat, sind wir verpflichtet (So, so, bis dahin also nicht!), darüber zu wachen, daß die geltenden Bestimmungen beobachtet werden. Um die Wiederholung derartiger ungesetzlicher Zustände (!), wie sie in diesem Jahre in den Konservenfabriken geherrscht haben, zu verhüten, werden wir uns genötigt sehen, die Polizeidirektion und die Gewerbeaufsichtsbeamten besonders anzuweisen, künftig unnachlässig jede Uebertretung der Vorschriften zur strafrechtlichen Verfolgung zu bringen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Arbeiterschutzvorschriften zur Durchführung gelangen.

Wir geben der Handelskammer anheim, die Konservenfabrikanten hiervon in geeigneter Weise in Kenntnis zu setzen und sie in ihrem eigenen Interesse zu veranlassen, rechtzeitig vor Beginn der nächsten Kampagne Maßnahmen technischer oder kaufmännischer Art zu treffen, durch welche eine ordnungsmäßige Fortführung ihres Betriebes innerhalb des gesetzlichen Rahmens gewährleistet wird.“

Es ist bezeichnend, daß das Staatsministerium erst jetzt, auf die „öffentlichen Mahnungen“ hin, für ungesetzlich erklärt, was es so viele Jahre zum unermeßlichen Schaden der Arbeiterinnen stillschweigend geduldet hat. Erst die Kritik mußte einsehen, um im Herzogtum Braunschweig gesetzliche Zustände herbeizuführen. Das Schreiben des Staatsministeriums ist ein kulturhistorisches Dokument. Die Arbeiterinnen aber werden aufatmen, daß ihnen die Schrecknisse der 16—19 stündigen Arbeitszeit genommen worden, ein Erfolg, der neben dem wackeren Eingreifen des Braunschweiger Parteiblattes auch unseren Kollegen zu danken ist.

## Aus der chemischen Industrie.

In der chemischen Industrie werden unsere Kollegen noch schwere Kämpfe zu bestehen haben, um sich die Anerkennung und Ausübung der Rechte zu verschaffen, die jedem Staatsbürger und auch dem Arbeiter von Gesetzes wegen zustehen: das ist das Recht auf Vereinigung. In der chemischen Industrie tritt die Vereinigung des Kapitals in mannigfachen Formen zutage. Fusion, Syndizierung, Kartellierung sind allbekannte Erscheinungen. Die chemische Industrie weist 46 Kartelle auf! Trotzdem dieses Unternehmertum den weitgehendsten Gebrauch vom wirtschaftlichen Zusammenschluß zur Ausnutzung der Arbeitnehmer macht, sind in seinen Reihen die schärfsten Gegner des Koalitionsrechts der Arbeiter zu finden.

Von den Riesenbetrieben der Farbenfabrik Fiedler u. Baier, Elberfeld, der Badischen Anilinfabrik, den größten Farbwerken bis herunter zu den kleinen Betrieben sind unzählige Proben abgelegt worden, daß die eingefleischtesten Koalitionsvernichter in diesem Industriezweig vorhanden. Ein Zeugnis für ein gutes Gewissen und für das Bewußtsein, alles für die Arbeiter getan zu haben, was unter dem Wirken der kapitalistischen Konkurrenz getan werden kann, ist diese Koalitionsfeindlichkeit nicht. Nein, die blasse Furcht, daß für ein ungeheuer großes Register von Unterlassungsständen durch die organisierte Selbsthilfe der Arbeiter dem Unternehmer Sühne und Buße auferlegt werden könnte.

Die Organisationsfeindlichkeit ist weiter ein Produkt der Unternehmerrückständigkeit, daß Forderungen nach einer besseren Bezahlung der Arbeiter in der chemischen Industrie mehr als berechtigt sind. Berechtigt nicht zum wenigsten im Hinblick auf die geschäftlichen Resultate, auf die Gewinne, welche die Arbeiter der chemischen Industrie dem in diesem Industriezweig investierten Kapital erzeugen. Im Jahre 1905 verzeichneten 24 Aktiengesellschaften der chemischen Industrie eine Durchschnittsdividende von 10 Prozent. Die niedrigste zur Ausschüttung gekommene Dividende war 2 Prozent, die von einer Gesellschaft den Aktienbesitzern gegeben wurde. Eine Dividende von 4% bis

8 Prozent gaben 8 Gesellschaften, bis 10 Prozent 2, 11—20 Prozent gewährten 7 Unternehmungen, über 20—30 Prozent erhielten die Aktienhaber zweier Gesellschaften. Das sind glänzende Geschäftsergebnisse, die beweisen, daß auch die Unternehmungen, die nicht im Kollektivbesitz, sondern im Besitze von Privatunternehmern sind, zu einem fetten Erlöse gelangen; wenn diese auch nicht alle im Besitze von Riesenkapitalien sind, über welche die Aktienunternehmungen verfügen, so können sie aber auch in mancher Hinsicht ökonomischer wirtschaften als diese. Bei solchen Geschäftsergebnissen kann den Arbeitern ein höherer Anteil aus dem Ertrage der Arbeit in Form einer höheren Lohnrate gegeben werden. Aber um die berechtigten Forderungen zu hindern, sucht man ein gemeinsames Vorgehen der geplagten und geschundenen Kollegen in der chemischen Industrie unmöglich zu machen.

Freiwillig will man nichts geben. Arbeitseinstellungen haben aber nicht nur Berechtigung für sich, sondern sind, wenn der richtige Augenblick erfaßt wird, auch von Erfolg. Nicht zu allen Zeiten des Jahres ist einem Vorgehen der Arbeiter das gleiche Ergebnis gesteckt. Eine Bewegung, die bezüglich der Organisationsbeteiligung die prächtigsten Positionen aufzuweisen hat, kann gleichwohl mit einer Niederlage enden. Die Organisationsbeteiligung, die Geschlossenheit und Einigkeit der in den Kampf tretenden Arbeiter entscheidet eben nicht allein. Ein genau so wichtiges Moment ist die Jahreszeit. Arbeitseinstellungen, die im Winter inszeniert werden, haben selbst bei vergleichsweise gutem Gange des in Betracht kommenden Betriebes oft ungünstige Aussichten. Die Ausständigen kommen dabei fast nie auf ihre Rechnung, weil sie mit der ganzen Wucht des überlaufenen Arbeitsmarktes zu rechnen haben. Eine ganze Reihe von Betrieben kommt im Monat Oktober zum vollen oder teilweisen Stillstande, die Kohlenzuckerfabriken beenden Dezember ihre Kampagne, Tausende von Arbeitern werden frei und sehr viele davon sind von dem Gedanken der Solidarität noch gar nicht erfaßt, nehmen mit Vergnügen, ohne jede Gewissensbisse die Plätze ein, die ihre organisierten Arbeitsbrüder verlassen haben. Die bestorganisierte Arbeitergruppe kann daher, auch wenn die Arbeit in dem Betrieb, in dem sie beschäftigt waren, drängt, nicht verhindern, daß andere an ihre Stelle treten und sie des Preises für ihren Kampf berauben, ihnen zu einer Niederlage verhelfen.

Auch sonst sind, abgesehen von der Jahreszeit, die Chancen für ein Vorgehen der Kollegen in der chemischen Industrie wechselvoll. Der Beschäftigungsgrad ist fast so verschieden, als es Beschäftigungsarten in der chemischen Industrie gibt. Das alles muß von den Kollegen beachtet und beobachtet werden, die in der chemischen Industrie tätig sind und da agitieren. Aber wenn mit offenen Augen und mit Befonnenheit, unter richtiger Einschätzung der gegenseitigen Kräfte, vorgegangen wird, dann ist es sehr wohl möglich, daß sich unsere Kollegen in der chemischen Industrie wehren können gegen Verschlechterungen, und sich zeitgemäße Verbesserungen zu erobern imstande sind. Dafür kommt ihnen ein anderer Umstand zugute, mit dem die Arbeiter anderer Berufsarten nicht zu rechnen haben: Wenn der Arbeitsprozeß in einem gewissen Stadium unterbrochen wird, dann erwacht dem Unternehmer ein unberechenbarer Schaden. Zum Beispiel: Es bleiben Mischungen halbverarbeitet liegen, die Zusammenfassung zum fertigen Produkt unterbleibt, so verderben teure Materialien! Oder es sind Lösungen in der Arbeit, durch Stockung im Arbeitsprozeß tritt eine Erkaltung der Röhren und Leitungen ein, durch welche diese sich verstopfen! Es ist gewiß nicht unsere Absicht, die Unternehmer in solche Kalamitäten zu bringen, ihnen besonders Schädigungen zuzufügen. Diese können vielmehr alle unterbleiben, werden unterbleiben, wenn die Organisation unserer in der chemischen Industrie beschäftigten Kollegen in der Weise fortschreitet, daß die Leiter der Fabriken mit der Organisation zu rechnen veranlaßt werden und die Arbeitsverhältnisse durch Abschluß tariflicher Vereinbarungen aus dem Bereiche willkürlicher Herabsetzungen durch die Meister und Leiter entrückt sind.

Der Gedanke, daß die Organisation so wirken könnte, wie wir es in diesen Zeilen geschildert haben, und die gänzliche Verkennung der Tatsache, daß ein Verhandeln mit den Leitern der Organisation einen Streik verhindern oder nach Ausbruch binnen wenigen

Stunden beseitigen kann, war es denn auch, der dem Besitzer der chemischen Fabrik von Hermann und Karl Fischer in Dödenberg bei Magdeburg Veranlassung gab, sich auf den Kriegspfad gegen die Organisation zu begeben. Vier wurden am 30. Dezember vier Verbands-genossen entlassen unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß die Entlassung erfolge wegen der Ungehörigkeit zur Organisation. Den übrigen Kollegen wurde die Entlassung angekündigt, wenn sie sich nicht zum Austritt aus dem Verbands bequemen würden. An Stelle der Entlassenen wurden bereits andere eingestellt, die sich schriftlich verpflichten mußten, seiner Organisation angehören zu wollen. Als Grund dieser wirtschaftlichen Kastration der Arbeiter wurde angegeben, die Polizeibehörde habe ihm (dem Besitzer) mitgeteilt, daß die Arbeiter im Frühjahr streiken wollten, und das wolle er verhindern. Zu den Aufgaben der Polizei gehört es gewiß nicht, derartige Mitteilungen einem Unternehmer zugehen zu lassen. Ist eine solche Mitteilung erfolgt, so bedeutet sie nicht nur eine höchst einseitige Stellungnahme der Polizei zugunsten eines Unternehmers, sondern sie basiert auch nur auf Vermutungen! Unsere Organisation wird Veranlassung nehmen, durch eine Beschwerde festzustellen, ob und warum die Polizei eine solche Mitteilung gemacht, und wenn ja, ob ein solcher Nachrichtendienst den Beifall der vorgelegten Behörde findet oder gar auf deren Anweisung erfolgt. Da der Bezirk Magdeburg erheblich von der russischen Grenze entfernt liegt, wagen wir auch noch zu hoffen, daß die vorgelegte Behörde mit solchen Benachrichtigungen nicht einverstanden ist. Die Arbeiter ließen sich aber das Verbot der Organisationszugehörigkeit nicht gefallen, sondern legten die Arbeit nieder! Das hatte den Erfolg, daß es den Kollegen in Zukunft freisteht, ob sie einer Organisation angehören wollen oder nicht. Die vier entlassenen Kollegen wurden allerdings nicht wieder eingestellt. Auf einer Düngersfabrik zu arbeiten, ist bekanntlich „der Güter höchstes“ nicht, daher verzichteten die Kollegen auf Weiterbeschäftigung. Aus dem Dargelegten ersehen unsere Kollegen wieder, wie ungeheuer notwendig es ist, sich zu organisieren! Darum rufen wir den Kollegen in der chemischen Industrie mit ganz besonderem Nachdruck zu: Schärft euch um das Banner der Organisation!

### Auf falscher Bahn.

Ein Mahnwort an unsere Kollegen.

Zu diesem Thema schreibt uns ein Kollege — und wir stimmen ihm zu — was folgt:

Die modernen Gewerkschaften sind Kampforganisationen; die Lage der arbeitenden Klassen, soweit das im Rahmen unserer heutigen Gesellschaftsordnung möglich ist, wesentlich und dauernd zu bessern, ist ihre ureigene Aufgabe. Alle Einrichtungen und Maßnahmen, die von einer Organisation oder einzelnen Gliedern derselben getroffen werden, müssen deshalb sorgfältig darauf geprüft werden, ob und wie sie diesen Zweck befördern. Besonders die Einführungen beim Erweiterung des Unternehmerranges gab und gibt noch Grund zu derartigen Prüfungen, und nicht gering voran die Zahl derer, die durch die Unternehmungen eine Schwächung des Kampfscharakters der Gewerkschaften befürchteten.

Die gewaltigen Kämpfe des letzten Jahres haben bewiesen, daß diese Befürchtung unbegründet ist. Aber eine andere Frage gilt es zu erörtern: Wird nicht durch die hohen Ausgaben für Unternehmungen die Kampffähigkeit der Organisationen geschwächt, d. h. stehen auch überall die Beiträge zu den Unternehmungen im richtigen Verhältnis? Diese Frage stellt für unsere Organisation gewissheitlich zu untersuchen, auch Aufgabe des nächsten Verbandstages sein.

Unternehmungen, die von einer Organisation gemacht werden, müssen entweder direkt Kampfunternehmungen sein, das heißt, sie müssen die Widerstandskraft des Arbeiters den Unternehmern gegenüber stärken, oder sie müssen agitatorischen Wert haben, müssen geeignet sein, die Indifferenzen zum Eintritt in die Reihen der Kämpfer zu veranlassen und sie damit unter Kontrolle und Einfluß derselben zu bringen. Unternehmungen, die beides verbinden, wie z. B. die Arbeitslosenunterstützung, sind besonders wertvoll; solche, die keine dieser Voraussetzungen erfüllen, sind gewisslos, oft direkt schädlich. Und damit kommen wir auf einen wunden Punkt, nicht in anderer Organisation, sondern in einzelnen Jahrgängen, das ist das System der sogenannten freiwilligen Unternehmungen. Zweierlei unterscheiden wir da, einmal die Unternehmung in besonderen Fällen aus der Kassa, dann die Unternehmung bei bestimmten Anlässen an speziellen, durch Beiträge aller oder eines Teils der Mitglieder gebildeten Fonds. Wenn verbreitet ist die erste Art, und sehr viel wird dabei geleistet, selbst wenn wir annehmen, daß nur wirklich notwendige Unternehmungen unterhalten werden, was zu bezweifeln ist. Ist und dadurch nicht weiter erreicht, als daß man der Gesellschaft einen Teil ihrer Verpflichtungen abnimmt und den Unternehmern aufbürdet. Das kann aber keinesfalls Aufgabe der Gewerkschaften sein. Keines Erachtens gilt für unsere Unternehmungen dasselbe, was die „Arbeiter-Zeitung“ über die Wohlfahrtsvereinigungen der Unternehmer ausplaudert, sie haben auch nicht „rein karitativen Charakter“, sondern sind eben auch Mittel zum Zweck. Zwecklos können derartige Unternehmungen auch von erheblichem Nutzen für die Bewegung sein. Das werden sie z. B. dann sein, wenn es sich darum handelt, die Widerstandsfähigkeit streikender Kollegen zu stärken, oder wenn man einem Mitgliede, das durch eifrige Tätigkeit für die Organisation wirtschaftlich geschädigt worden ist, diesen Schaden, wenigstens zum Teil, wiedermachen kann. Ist jedoch dann ist sie nicht ganz zwecklos, wenn man dadurch verhindern kann, daß jemand Arbeiterunterstützung beziehen darf und dadurch seiner politischen Rechte verlustig geht. Zwecklos wird dieselbe aber immer dann sein, wenn man die Bedürfnisse nicht wahrnehmbar ist für die Bewältigung. In agitatorischer Hinsicht ist der Wert derartigen Unternehmungen gleich Null. Man kann keinen fernstehenden dabei einsetzen und keinen Schaden aus dem dann resultiert, wenn das würde dazu führen, daß derselben ein gewisses Ansehen für sich daraus schöpft und die Ziele der Unternehmungen.

Gerade im Kampf der Sozialisten ist also die erste Vorbereitungs- oder Unternehmung einer derartigen Unternehmung, das heißt aber das ist, wenn in Sitzungen oder Besprechungen derartige Anträge eingebracht und nach beiderseitiger Schilderung der Vorteile des Streikens in der Regel angenommen werden. Selbst wenn der Antragsteller bestmöglich ist, so ist es doch, daß sie fürchten, es den Weg der Demagogie zu kommen. Erwähnen wir, daß die Zweckmäßigkeit fast nie erörtert wird, liegen die Beispiele geradezu anzufragen,

wo durch derartige Beschlüsse direkt unwürdige Unternehmungen erhalten haben.

Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, so ist doch die Not unter den Arbeitern zu groß und der Bedürfnisse sind zu viele, als daß durch derartige Maßnahmen irgend etwas gebessert werden könnte. Nicht dadurch kann die Organisation den Arbeitern helfen, daß sie die aufgebracht Summen auf die Bedürftigsten verteilt, sondern indem sie dieselben verwendet, um die Unternehmer zu besserer Bezahlung der Arbeitskraft zu zwingen. Diesem Kampfe werden aber durch zwecklose Unternehmungen nicht unbeträchtliche Summen entzogen. Die Beschlüsse der Kassa dienen in erster Linie zur Befreiung der Kosten einer intensiven Agitation; neue Mitkämpfer sollen gewonnen werden, die Reihen der Arbeiter gilt es zu schließen, damit wir eine Besserung der Arbeitsverhältnisse erkämpfen können. Wenn aber durch unangebrachte Unternehmungen das Geld aufgebraucht ist, dann ist oft die Agitation lahmgelegt, die Organisation kommt nicht vorwärts und an eine Besserung der Lage ist nicht zu denken. Während man verachtet hat, die Verbände, die der profitstüchtige Kapitalismus dem Arbeiter schlägt, mit unzureichenden Pflichten zu verleben, verümen man, die Waffe zu schärfen, mit der allein diese Schläge abgewehrt werden können.

Derartige Maßnahmen nützen nicht dem Arbeiter, sondern schaden ihm, sie beseitigen nicht die Not, sondern vergrößern sie, und das sollten alle Kollegen bedenken. Ein gutes mitfühlendes Herz für alle Arde und Beschwerden seiner Klassengenossen ist gewiß die schönste Tugend eines Arbeiters, aber der Verstand muß der Wegweiser sein, damit er nicht irre gehe.

Noch einiges über die zweite Kategorie von Unternehmungen. Nur eine möchte ich als Beispiel herausheben: die in mehreren Jahrgängen eingeführte „Sterbeunterstützung“. Die Aufbringung der Mittel geschieht in der Regel in der Weise, daß jedes daran beteiligte Mitglied beim Todesfall eines Kollegen berechneten einen Beitrag bezahlt, in der Regel 10 Pf. Die aufgebrauchte Summe erhalten die Angehörigen des Verstorbenen. Diese an die Wohlgeheuten eines Kaffeetränkchens erinnernde Einrichtung finden wir sogar in größeren Jahrgängen. Die Höhe der Unternehmung ist oft ohne Abtastung, wer neu eingetreten ist, erhält dasselbe wie Mitglieder, die jahrelang bezahlt haben. Wer vom Orte verzieht, büßt seine Rechte ein, ist werden nicht einmal Marken zum Quittieren der Beiträge verwendet, nirgends eine sichere Kontrolle, alles gewissermaßen auf Treu und Glauben. Für kleinere Jahrgänge mag es noch hingehen, in großen wirkt es direkt korumpierend. Daß die Beiträge nicht regelmäßig eingehen, erschwert die Verwaltung. Vergibt ein Kassierer den Beitrag einzuziehen, kann man dem Mitglied keine Rechte entgegen, selbst dann nicht, wenn er lange, rückständig ist, denn er weiß nicht, wann der Beitrag fällig ist. Alles das hat eine Reihe Unzulänglichkeiten im Gefolge. Mit steigender Mitgliederzahl steigen die Sterbefälle, die Mitglieder können sich teilweise den Zusammenhang nicht erklären, kommen gar mehrere Sterbefälle zusammen (das wird fast immer dann der Fall sein, wenn man auch beim Todesfall eines Kindes Unternehmung zahlt), dann entsteht Mißgunst und die Organisation hat den Schaden zu tragen. Aber selbst wenn man all das oben Erwähnte nicht eintritt, wenn die Beiträge regelmäßig eingehen, die Kontrolle gewährleistet ist und so weiter, selbst, dann ist die Einrichtung zwecklos. Die Sterbeunterstützung ist eine der wenigen Unternehmungen, die nur agitatorischen Wert haben, will man aber eine derartige Einrichtung agitatorisch ausnützen, so muß man die daraus resultierenden Rechte und Pflichten aufzeigen können; das ist hier ausgeschlossen, denn beides schwankt. Außerdem sind die Unternehmungen in unserer Organisation so umfangreich und im Verhältnis zu den Beiträgen so reichlich bemessen, daß wir gar nicht nötig haben, uns neue Unternehmungen zu Agitationszwecken zu suchen. Derartige Einrichtungen sind also im günstigsten Falle zwecklose Belastung der Verwaltung, oft aber auch schmerzhaft, und kann vor Einführung derselben gar nicht dringend genug gewarnt werden.

Die Zeit ist ernst. Das angeführte des gewaltigen Fortschritts der modernen Arbeiterbewegung um seinen Profit hangende Unternehmertum rüht sich zu gewaltigen Kämpfen. Noch ist das A-B-C-Ausprägungssystem nicht erprobt, und schon hat die Furcht ein neues geboren. Die Arbeiter aus und die Führer einsperren, das ist das A und O des von wahrhaftig Angst zu äußerster Anstrengung getriebenen Schachmattgerichts. Das wird noch harte Kämpfe kosten und nicht wäre es, angeht dieser Sachlage auf lebendige Zeit und Kraft verschwendend. Wir müssen rüsten zu den kommenden Kämpfen; die beste Rüstung aber ist eine starke Organisation und eine — gefüllte Kasse. Sorgen wir dafür, daß wir beides haben, dann können wir ruhig in die Zukunft sehen.

### Vom sozialen Kampfplatze.

— Zugung wegen Streiks ist fernzuhalten nach: Mackenrodt (Rauwaren-Arbeiter u. Arbeiterinnen), Gaißberg (Waldbarbeiter), Jahnke (Bergarbeiter), Stettin (Zementfabrik), Lauffen (Zementfabrik).

— In Schkeuditz haben die beim Tiefbauunternehmer Wolle daselbst beschäftigten Kollegen beim Brückenbau über die weiße Elster in Schkeuditz einen Zuschlag von 25 Prozent bewilligt erhalten. Das entspricht den tariflichen Sätzen, die von den Bauunternehmern für Wasserbauten zugestanden sind. Zu denen, die sich weigerten, diesen Satz zu zahlen, gehörte auch Herr Wolle. Man zahlt er auch 50 Pf. pro Stunde, seither 40 Pf.

— In Konstanz am Bodensee ist bei der bekannten Zeltfabrik R. Strohmeyer u. Co. eine Lohnbewegung ausgebrochen. Es ist Zugung von Hüßarbeitern fern zu halten.

### Korrespondenzen.

Alten. Die Errichtung der Seifenfabrik der Großhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine u. s. d. kann man endlich vor sich gehen. Nachdem dem Reichsanzeiger zu Calbe a. d. S. die Genehmigung seinerzeit erteilt hatte, war nun Magistrat und der Polizeiverwaltung der Stadt Alten Beschwerde an den Minister für Handel und Gewerbe erhoben und beantragt worden, den schriftlichen Beschluß vom 10. August 1905 dahin zu ergänzen, daß die Genehmigung nur für die tägliche Ableitung von 10 Kubikmeter Abwasser erteilt wird. Der Minister für Handel und Gewerbe hat nun am 10. Dezember 1905 unter verschiedenen Abänderungen den angeforderten Beschluß bekräftigt und in Bezug auf die erhobene Beschwerde folgendes ausgeführt: „Der Beschwerdeantrag, dahingehend, daß die durch Verdrängung zu bewertende Abwassermenge auf täglich höchstens 10 Kubikmeter beschränkt werden möge, bezweckt gegenstandslos, eine Verdrängung des Betriebes zu verhindern. Da aber zu den Umständen auch die bei der Abzögerung der Abwasserwerke, fallenden Spülwasser gehören, so würde die Beschränkung der Abwassermenge lediglich auf Kosten der Sauberkeit und der Betriebsfähigkeit erfolgen. Es empfiehlt sich daher nicht, der Unternehmung eine solche Beschränkung

anzuerlegen.“ Durch diesen Beschluß des Ministers ist nunmehr die Sache endgültig entschieden und die Konzeption zur Errichtung einer Seifenfabrik in Alten erteilt worden. Lange genug hat ja die Sache gedauert. Am 25. Juni 1904 erfolgte die Einreichung der Pläne und Zeichnungen mit dem Ersuchen zur Konzessionserteilung und jetzt, nach 1 1/2 Jahren, ist die Leitung der Großhandels-Gesellschaft endlich in den Besitz derselben gelangt. Es gilt hier so recht das Wort: „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!“

Breslau. Am 6. September v. J. tagte im „Weißen Adler“ zu D. Bissa eine Zusammenkunft der dortigen Mitglieder, um die Verschmelzung der Zahlstelle mit Breslau herbeizuführen. Die Zusammenkunft war durch Kollegen König im dortigen „Anzeiger“ bekannt gemacht worden. Wie in Bissa üblich, erschien auch am genannten Abend der Fußgendarm Krethamer und erklärte dem Kollegen Joppich, er sei beauftragt, die Versammlung aufzulösen, wenn sie eröffnet würde. Kollege Joppich erklärte, daß es keine Versammlung im Sinne der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes sei und er werde sich überlegen, ob er der Polizei Zutritt gestatte. Die Versammlung wurde abgehalten, die Auflösung blieb aus, aber jeder der drei Verbrecher: König, Joppich und Klingberg, letzterer als Gastwirt, erhielten einen Strafbefehl in Höhe von 15 Mk. Alle drei legten rechtzeitig Berufung ein, und so stand am 28. Dezember Termin vor dem Schöffengericht in Neumarkt an. Bürgermeister Fuhrner und Fußgendarm Krethamer verurteilten nun nachzuweisen, daß die Versammlung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke und die fragliche Versammlung sei ebenfalls als öffentliche zu betrachten. Kollege König bestritt dies und erklärte, daß nur gegen Vorzeigung der Bücher Zutritt gewährt worden wäre, folglich die Verschmelzung der Artzettel nicht unterliege. Kollege Joppich zerplückte die Aussagen der beiden Beamten und führte verschiedene Fälle an, wo u. a. ein Urteil des Kammergerichts auf Freispruch lautete. Das Gericht nahm an, daß die Sache zwar nicht genügend geklärt sei, aber man habe nicht den Beweis, daß Joppich als Redner öffentliche Angelegenheiten erörtert habe, es sprach hierauf sämtliche Angeklagten frei. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. — Eine nette Weihnachtsgeste wurde seitens der Direktion der chemischen Fabrik, Aktiengesellschaft, vorm. Dreimann auf der Michaelisstraße bereitet. Im Frühjahr wollten die Kollegen Forderungen, nach welchen ein Tarif mit uns abgeschlossen wurde, welcher zum 1. April abläuft. Aus Angst, daß der Tarif, welcher allerdings verbesserungsbedürftig, gekündigt werden könnte, kam Herr Direktor Rietsch auf einen ganz sonderbaren Einfall: am Weihnachtssabend erklärte der Herr, daß, wenn der Tarif am 1. März gekündigt wird, das bisher seit langen Jahren gezahlte Geschenk möglicherweise nicht gekündigt, soll es am 1. April gezahlt werden. Man, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, gehen euch die Augen nicht auf! Arbeit dafür, daß die Verhältnisse besser werden, stärkt die Organisation, werbt neue Kämpfer. Nicht Geschenke, sondern gerechter Lohn sei unsere Parole.

Breslau. Am 9. Januar tagte im „Gewerkschaftshaus“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Den Jahresbericht erstattete der Kollege Zimmer. Daraus ergibt sich folgendes: Die Zahlstelle wurde am 12. Juni 1904 gegründet. Diese beendigte in der ersten Zeit zu den besten Hoffnungen. Als aber die erste Abrechnung vorgenommen wurde, stellte es sich heraus, daß wohl 37 Bücher verkauft worden, trotzdem nur 24 zahlende Mitglieder vorhanden waren. Ist, nach anemündlicher Agitation ist die Zahl der Mitglieder auf 101 gestiegen. Durch die Hilfskassierung ist auch für geardertes Besten der Beiträge gesorgt. Die Anwesenden wurden aufgefordert, auch ferner für die Organisation zu wirken. Kollege Schmidt, der nachdem das Wort ergriff, dankte unter Zustimmung der Anwesenden dem ersten Bewilligten für sein tatkräftiges und unermüdeliches Wirken, und forderte die Kollegen auf, ihm treu zur Seite zu stehen mit Rat und Tat. Besonders muß die Kameradschaft mehr gepflegt werden, es müssen Arbeitszeiten, wie sie im vorigen Jahre vorgekommen sind, so weit wie es möglich ist, vermieden werden. Dann wurde die Versammlung nach 1 1/2stündiger Dauer geschlossen.

Fürth. Die Hauptversammlung der Zahlstelle Fürth, welche verhältnismäßig gut besucht war, brachte bezüglich der Zusammenfassung der Bevollmächtigten und Revision keine wesentliche Aenderung. Aus dem Verwaltungsbericht ist zu entnehmen, daß das abgelaufene Jahr ein Jahr ununterbrochener Kämpfe und rastloser Agitationsarbeit war. Die Zahl der Mitglieder betrug 470 am 31. Dezember 1905 gegen 70 am 31. Dezember 1904. In Übung kommen noch die Mitglieder von Rangenn, welche sich am 1. Januar 1906 zu einer Zahlstelle zusammengeschlossen haben, und somit der Mitgliederstand der Zahlstelle Fürth 390 beträgt. Im Ziegeleibiet, dessen Mittelpunkt Rangenn ist, breitet sich der Organisationsgedanke erfreulicherweise immer weiter aus und es ist nur zu wünschen, daß sich die Zahlstelle Rangenn kräftig entwickelt, um beizugehen die schlechten Arbeitsverhältnisse in diesem Bereiche verbessern zu können. Die ununterbrochenen Kämpfe waren, mit Ausnahme von dem Streit bei Widel, alle von Erfolg, und für circa 150 Kollegen und Kolleginnen wurden bessere Löhne und Arbeitsbedingungen errungen. Es liegt aber noch ein ungeheures Feld brach, das der Bearbeitung harret. Erfreulicherweise ist die Interesse der Kolleginnen an der Organisation im stetigen Steigen begriffen. Mit der Unternehmung der gesamten Mitglieder hofft die Zeitung in der Entwicklung nach innen wie auch außen einen kräftigen Aufschwung vorwärts zu machen. Der einstimmige Beschluß der Versammlung, einen Lotzschlag von 10 und 5 Pf. zu erheben, sowie die Stimmung im allgemeinen berechtigt zu den besten Hoffnungen. Die ersten Zeiten rufen den Indifferenten ein gebieterisches: „Einem in die Organisation!“ zu, den einzigen Schußwoll gegen alle reaktionären Strömungen.

Gaißberg. 42 Mann von den bei der Stadt Gaißberg beschäftigten gemauerten Waldbarbeitern liegen auf der Straße, weil sie dem Anstehen des Herrn Oberförsters Kratina, aus dem Verbands auszutreten, nicht Folge leisteten. Zwar wurde diese Zahl auf Umwegen erreicht, um den Anstehen zu vermeiden, als sei das Fortstam ganz unschuldig. Gefährdet war zunächst allen Arbeitern, ca. 70. Nachträglich wurde die Kündigung für 4 Kolonnen zurückgenommen, doch erklärte sich ein Teil der Arbeiter mit den drei noch in Kündigung stehenden Kolonnen solidarisch; die Kündigungszeit derselben wäre am 31. Dezember abgelaufen. Am 20. Dezember 1905 erhielten nun diese „Verbrecher“ vom Holzhausermeister den Auftrag, das Holz in Zukunft an den neuen Weg zu transportieren, ungefähr 300 Meter weiter, wodurch für die Stadt Gaißberg der Stierholz infolge der glücklicheren Lagerung an einem guten Weg im Preise um ca. 3 Mk. hiege. Der Mindestverdienst war seither pro Kubikmeter 98 Pf. und jetzt sollte es 1,07 Mk. geben. Der Holzhausermeister verlangt für Transport bis zum neuen Weg 40 Pf. pro Kubikmeter, so daß also für die Arbeiter noch 67 Pf. übrig bleiben würden. Das wäre eine Reduzierung von 31,63 Prozent. Die Arbeiter waren der Meinung, daß es selbstverständlich sei, daß die Stadt Gaißberg die Transportkosten zu bezahlen habe, wenn durch Lagerung an besseren Wegen erhöhte Einnahmen erzielt werden. Sich auf Kosten des wirtschaftlich Schwächeren zu bereichern, mag in einem kapitalistischen Betrieb verständlich erscheinen, bei einer Kommune muß das ausgeschlossen sein. Bergangenen Sommer nun gab Herr Oberförster Kratina den Leuten die Weisung, falls bei seiner Abwesenheit in derartigen Situationen bei Aenderung des Arbeitssystems mit dem Holzhausermeister eine Einigung nicht zustande komme, vorläufig ein neues Los nicht anzufangen. Das taten die Arbeiter in diesem Falle; der Holzhausermeister Arnold erklärte aber einfach: „Nun, so melde ich euch ab“.

schon die Arbeiter schon sehr oft 14 Tage bis zwei, sogar sechs Wochen aussetzen durften, ohne daß deshalb das Arbeitsverhältnis gelöst worden wäre. Die jetzige Praxis sieht also sehr nach Mache aus, zudem Leute darunter sind, die seit dem Jahre 1878 bei der Stadt beschäftigt waren. Der Oberbürger soll nach Angabe Arnolds nicht dagegen sein. In diesem Falle handelt es sich tatsächlich um den Abschluß über die Regelung einer neuen Arbeitsmethode, wozu auch der Preis neu geregelt werden soll, und gerade deshalb erscheint es mir so „nobler“, daß der Holzhausermeister, im Widerspruch zur Gewerbeordnung, einfach jedem Arbeiter zur Strafe 3 Mk. in Abzug brachte, weil die Leute in ihrem Recht nach dem Gesetz und nach der Anordnung des Oberbürger nicht für diktirte Preise arbeiteten. Wir hoffen, daß die Stadtverwaltung den Leuten diese 3 Mk. zurückgibt und sich nicht erst auf dem Rückweg dazu zwingen läßt. Übrigens sollte man von jedem öffentlichen Beamten sowie sozialpolitische Kenntnisse voraussetzen dürfen, daß er solche Seitenstränge nicht mache. § 4 der Holzhauserordnung sagt: „Zur Annahme und Entlassung von Arbeitern ist die Genehmigung des Fortamts erforderlich, die in bringenden Fällen nachträglich eingeholt ist.“ Daß hier bezüglich der Entlassung ein dringender Fall vorliegt, wird niemand behaupten wollen; wir müssen also annehmen, da Herr Krutina inzwischen wieder sichtbar geworden ist, daß er mit dem Vorgehen des Holzhausermeisters einverstanden ist, und sind deshalb erst recht der Meinung, daß das Ganze wohl vorbereitet war. Die Holzhauser-Ordnung nicht übrigens stark nach der Entstehungszeit des Heibelberger Schlosses, weshalb wir sie der Öffentlichkeit übergeben werden.

**Hannover.** Ein guter Erfolg. Die auf der hiesigen Gasanstalt beschäftigten Kollegen hatten der Betriebsleitung folgende Anträge unterbreitet: 1. Für die Feuerleute die Erhöhung des Schichtlohnes von 4,50 auf 5 Mk., ferner die Einführung der Achtstundenschicht statt der bisherigen Zwölfstundenschicht, für sämtliche übrigen Arbeiter ein Lohnzuschlag von 25 Pf., sowie bessere Vergütung der Ueberstunden. Vereinhart wurde zwischen der Kommission und dem Herrn Direktor Abtling: Die Erhöhung des Lohnes für Feuerleute auf 5 Mk., für sämtliche übrigen Arbeiter von 3,50 auf 3,70 Mk., für Sonntagsarbeit ein Zuschlag von 50 Prozent, für Ueberstunden ein Zuschlag für die erste Stunde von 10 Pf., für die zweite Stunde von 20 Pf., für die dritte Stunde 30 Pf. usw. Die Einführung der Achtstundenschicht für die Feuerleute sollte am 1. Januar beginnen, es stellten sich jedoch Schwierigkeiten ein, die auch von Seiten der Arbeiter anerkannt wurden und die eine Verschiebung des Termins notwendig machten. In zwei vom Verbands einberufenen Betriebsversammlungen, wozu auch der 1. Oberaufseher Herr Oppermann eingeladen war, wurde beschlossen, die Einführung der Achtstundenschicht auf den 14. Januar festzusetzen. Herr Oppermann, welcher nochmals die Gründe darlegte, weshalb die Einführung am 1. Januar nicht möglich war, glaubte jedoch, daß sie Mitte Januar erfolgen könne. Er führte ferner aus, daß die Werkleitung und die Aufseher die erste Zeit nicht gut auf den Fabrikarbeiterverband zu sprechen gewesen wären, sie jedoch jetzt, wo sie eingesehen hätten, daß so lange die Arbeiter sich der Organisation angeschlossen hätten, besonders der Alkoholgenuß auf dem Werke sehr nachgelassen, gegen die Organisation nichts mehr einzumenden habe.

**Harburg a. S.** Die „Arbeitgeber-Zeitung“ brachte im Monat Dezember folgende Notiz: „Harburg a. S. Im Frühling d. J. war eine aus Mitgliedern der hiesigen nationalen Gewerkschaft „Verbrüderung deutscher Arbeiter“ bestehende Kommission bei dem Besitzer der hiesigen Delphabricken, Herrn Kommerzienrat Thäl, um eine Lohnerhöhung vorzuschlagen worden. Damals hatte infolge der schlechten Konjunktur eine Ablehnung erfolgen müssen, den Arbeitern wurde aber eine Erfüllung ihrer Wünsche für später in Aussicht gestellt. Auf dieser Grundlage wurde vor etwa 14 Tagen die Kommission abermals vorstellt, mit dem Erfolge, daß auf den hiesigen Fabriken seit dem 14. d. M. eine Lohnerhöhung von 15 Pf. pro Mann und Arbeitstag an gelehrte und ungelehrte Arbeiter stattgefunden hat.“ — Auf zweimaliges Vorstellen werden eine Lohnerhöhung von 15 Pf. pro Mann und Tag, eine Summe, die pro Woche noch nicht einmal für ein Marktbrot ausreicht. Mit solchen „Zugeständnissen“ hätten sich die thüringischen Arbeiter früher nicht abspießen lassen. Da waren sie aber auch noch nicht „verbrüder“.

**Harburg.** Die Hauptversammlung tagte am Dienstag, den 9. Januar 1906 bei Lamprecht am Rainapp. Zum 1. Punkt gab der Kollege Broods den Bericht vom Januar bis Oktober 1905. Er erwähnte, daß das Geschäftsjahr nach außen ziemlich ruhig verlaufen sei, wogegen innerhalb der Zahlstellen ziemlich Veränderungen vorgenommen wurden. Zunächst sei die Anstellung des besoldeten Beamten zu erwähnen. Die Einrichtung der Geschäftsstelle sei zwar ziemlich hohen Geldlosten verbunden gewesen. Der Vorstand habe sich daher genötigt gesehen, die Lohnbeiträge um 2 1/2 Pf. pro Woche zu erhöhen, damit die Zahlstellen in der Lage war, den Anforderungen zu genügen. Versammlungen fanden 11 statt. In 6 wurden Vorträge gehalten, 2 Versammlungen waren öffentliche, mit

auswärtigen Delegierten. In 8 Versammlungen waren nur geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen. Aber nicht nur zu ernstlichen Angelegenheiten können die Mitglieder zusammen, sondern auch zu vergnüglichen Stunden. Es wurden ein Vortragsabend bei Gutwirth, die Schillerfeier bei Wälfers, das Pfingstergnügen bei Hehl, das Stiftungsfest bei Borge und das Weihnachtsgnügen bei Köhnen in Seimfeld abgehalten. Ferner erwähnte er die Erwerbslosenunterstützung, die der Verband eingeführt hat. Diese Einrichtung kommt hauptsächlich den kranken Mitgliedern zugute. Wie die letzte Abrechnung gezeigt habe, seien von den Bezüglern 90 Prozent Kranke gewesen. Dieses sollen hauptsächlich die uns noch fernstehenden Arbeiter beachten. Der Verband bietet ihnen bedeutendes auch im Erkrankungsfall. Kollege Broods forderte die Anwesenden auf, den Vorstand auch ferner bei der Agitationsarbeit zu unterstützen. Kollege Seidensticker gab den Bericht für das letzte Vierteljahr, in dem er als Geschäftsführer tätig war. Es fanden während dieser Zeit zwei Versammlungen statt, welche leider nur schwach besucht waren. Ferner wurden vier Betriebsversammlungen abgehalten, die den Erfolg hatten, daß eine ganze Reihe Mitglieder gewonnen wurden, außerdem wurde erreicht, daß bei einer Firma 20 Pf. pro Tag Zulage gewährt wurde. In diesem Betriebe können jedoch die Arbeiter nur die Vorteile, die sie durch den Verband haben, mitzunehmen, sich im übrigen aber wenig um den Verband zu kümmern. Ferner wurden Ermittlungen in den Fischkonfervenfabriken angestellt über die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften. Er forderte die Mitglieder auf, rege mitzuarbeiten, um die Mitgliederzahl der hiesigen Zahlstelle wieder auf 2000 zu bringen. Sitzungen wurden 6 abgehalten. Mitglieder wurden im vierten Quartal 173 aufgenommen, so daß die gesamte Mitgliederzahl 1290 männliche und 123 weibliche beträgt. Die Erwerbslosenunterstützung kam einer Reihe Mitglieder zugute. Ferner machte der Bevollmächtigte darauf aufmerksam, daß sich alle Erwerbslosen im Bureau zu melden haben. Er ersuchte die Mitglieder, in diesem Jahre die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen. Hierauf erfolgte der Schluß der Versammlung.

**Kais.** Am 7. Januar tagte im Lokale hier unsere Versammlung. Ueber den Wert der Organisation referierte Kollege Meißel. Der Redner führte in seinem Referate die gesellschaftlichen Einrichtungen und die daraus entstehenden Missstände vor Augen, die in mannigfacher Hinsicht zur Unterdrückung und Annullierung der Arbeiter führen. Zur Einberung der Folgen dieser Unterdrückung und Annullierung ist die Organisation erforderlich. Darum müssen die Kollegen ohne Unterlass agitieren und organisieren. Nach dem Vortrage wurde die Abrechnung vom 4. Quartal vorgelegt, die für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Der Jahresbericht betrug die Mitgliederzahl am Schlusse des 1. Quartals 73, am Schlusse des letzten 153. Es fanden statt: 9 außerordentliche, 43 ordentliche Mitgliederversammlungen, 13 Vorstandssitzungen, 2 Betriebsbesprechungen und eine öffentliche Versammlung. Die bisherigen Kollegen der Ortsverwaltung wurden wiedergewählt. Zum Schlusse erwähnte unser Bevollmächtigter die anwesenden Kollegen zu fleißiger Agitation und regerer Beteiligung an den Mitgliederversammlungen.

**Kais.** Sonntag, den 16. Dezember, tagte bei Andreas Näbenberger unsere Generalversammlung. Aus dem Jahresbericht, welchen Kollege Schick erstattete, ersehen wir, daß unsere Zahlstelle schöne Fortschritte zu verzeichnen hat. Was speziell Kauf anbetrifft, hat sich die Zahl der Kollegen im abgelaufenen Jahre um das Vierfache vermehrt. Der Streik, welchen wir bei Bantel durchzuführen gehabt haben, hat mit nur teilweise Erfolg geendet. Sehr viel bleibt in diesem Betriebe zu wünschen übrig. Leider haben wir auch einen schweren Verlust zu beklagen. Durch die intensive Agitation des Gewerkschafts Streimer war es uns gelungen, im benachbarten Köthen fast 600 Kollegen zu organisieren. Infolge des organisationsfeindlichen Verhaltens des Königl. Kommerzienrats Conrady ist die Zahl auf 80 Kollegen herabgesunken. Der Umstand, daß die Kollegen zu jung organisiert waren und die Art des Betriebes, sowie die gleichzeitige Ausperrung der Metallarbeiter ließen einen Streik unzulässig erscheinen. Wir mußten also die kleine Niederlage hinnehmen. Zu danken wurden wegen der Zueignung zur Organisation die Kollegen aus Pfaffers geleist und zu gleicher Zeit aus den Wohnungen vertrieben. Die Vereinerung der Organisation ist dem Herrn Conrady nicht gelungen, wird ihm auch in Zukunft nicht gelingen.

**Markranstädt.** Am 4. Januar tagte auf Einberufung der Kreisleitungen im Saale der „Stadt Leipzig“ eine öffentliche Einwohner-Versammlung. Den ersten Teil der Tagesordnung behandelte Genosse Barthel Leipzig über das Thema: „Arbeiter und Unternehmer im Wirtschaftskleben“. Ueber die Verhältnisse bei der Firma H. Langer und den Streit bei der Firma S. Walters Nachf. (Mk.-Ges.) ward berichtet, daß die zum Zwecke einer Weihnachtsgabe und der Reizwarenserie erfolgte Sammelung die nicht erwartete Höhe von 172,60 Mk. erreicht habe und auch verwandt worden sei. Im Gegensatz zu dieser echt proletarischen Bescherung steht eine schroff kapital-

Die Firma Kaufmann-Geschäft von A. Langer legte ihren Gesellen diesen Lohnzettel vor:

Bisher Pf.	in Zukunft Pf.	
Blau fleisch	2 1/2	3 1/2
Beschneiden	2 1/2	1 1/2
Große Austria fleisch	7	3
Beschneiden	8	8
Kleine fleisch	7	1 1/2
Beschneiden	8	1 1/2
Große Wärmefelle	8	3
Kleine	5	2
Herr	7 1/2	2
Fris	7 1/2	2
Suppen fleisch	6	3
Beschneiden	7	3
Marber	10	4
Stunk	7	3
Fische	14	6
Schafale	25	6
Opoffum fleisch	4	2
Beschneiden	4	2 1/2

Der Geselle hat also die Aussicht, nach 1/2-jähriger Bezeit 5-600 Mk. pro Jahr zu verdienen, was dann aber den übrigen Fabrikarbeitern und Arbeiterinnen übrig bleiben soll, ist noch nicht klar. Als nun obiger Tarif zurückgewiesen, wurden die Gesellen entlassen und es folgten ihnen alsdann auch die Lohnarbeiter. Was die Firma S. Walters Nachf., Mk.-Gesellschaft betrifft, so vegetiert sie mit ihren sieben Arbeitswilligen dergestalt, daß ihre Aktien während des Streiks ziemlich gefallen sein sollen. Man soll es kaum glauben, was diese Firma sich leistet. Im Anfang des Streiks ließ sie durch die hiesige Zeitung verbreiten, sie wolle keine Märktergesellen mehr einstellen und dies wurde vom hiesigen Bürgermeister den Gesellen gegenüber bestätigt, und heute man in den Betrieben Andraher (Märkter) und Behrbar, welche letztere sich ja 3-4 Jahre ausbilden lassen können, um dann das Schicksal ihrer Kollegen zu teilen. Doch die Unternehmer mögen sich hüten, denn aus den heute Ausgesperrten werden ihnen in ganz kurzer Zeit die größten Konkurrenz ermahnen, der Anfang ist schon gemacht. Es wurde alsdann die folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 4. Januar d. J. im Saale der „Stadt Leipzig“ von ca. 1000 Personen besuchte öffentliche Einwohner-Versammlung erklärt sich mit den ausgesperrten Märktern, Fabrikarbeitern und Arbeiterinnen solidarisch und verpflichtet sich, dieselben finanziell und moralisch zu unterstützen.“ In seinem Schlusswort forderte schließlich Gen. Langer die Anwesenden auf, jeden Verkehr mit Arbeitswilligen zu meiden, nur in Lokale und Vereine zu gehen, die von gleichgesinnten Kollegen und Genossen besucht werden, und auch keine andere Zeitung zu lesen, wie die „Leipziger Volkszeitung“, die uns in unserem Kampfe stets unterstützt habe.

**Münsterberg.** Sonnabend, den 6. Januar, tagte im Saale des Café Markt unsere diesjährige Hauptversammlung, die sehr gut besucht war. Der zweite Bevollmächtigte erstattete den umfangreichen Jahresbericht. Den Bericht über die Entwicklung der Zahlstelle gab der Kollege Herrmann. Es ergibt sich aus dem Bericht, daß im vorigen Jahre ein sehr erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen ist. Die Zahl der Mitglieder ist seit dem 30. Dezember 1904 bis zum 30. Dezember 1905 von 94 auf 521 gestiegen. Der Revisionsbericht wurde vom Kollegen Brennhauser erstattet. Es ist diesem zu entnehmen, daß Kasse, Bücher und Belege stets in bester Ordnung gefunden worden sind. Dem zweiten Bevollmächtigten wurde Entlastung erteilt. Alsdann wurden die Bevollmächtigten und Revisoren im Vorschlag gebracht.

**Oberschlema.** Am 7. Januar tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde vorgelegt und dem Vertrauensmann Entlassung erteilt. Nachdem die Vergütung für die Hilfskassierer endgültig festgesetzt war, wurde zur Kenntnis der Anwesenden gebracht, daß das Versammlungslokal von Richard Kurz in Neubörsel und der Saal zum „Schützenhaus“ in Wildbach, Besitzer Gerhard, zur Verfügung stehen. Es wurden dann nach alle Anwesenden aufgefordert, immer rege für die Organisation zu agitieren.

**Rastenburg.** Die Rastenburg-Zuckerfabrik hat mehrfach insonderheit durch ihre Bezahlung, den Beweis erbracht, daß Betätigung von Arbeiterfreundlichkeit gerade nicht der erste Reiz ihres geschäftlichen Gebarens ist. Zur Bewältigung der Arbeiten stellte sie Soldaten ein. Es geht gewiß nicht zu der notwendigen Aufgabe eines Verteiligers der „heiligtigen Güter, gegen innere und äußere Feinde“, in die Hände des Zuckerfabrikierens eingeweiht zu werden. Es sind bei ausreichender Bezahlung auch Arbeiter genug zu haben und braucht letzteren nicht durch Militär die Arbeitsgelegenheit weggenommen zu werden. Mitglieder unserer Organisation haben das auch ein und machten eine Eingabe an das Regiments-Kommando wegen Zurückziehung der Soldaten. Dem soll nun allerdings nicht Folge gegeben worden sein, aber die in der Zuckerfabrik tätigen Arbeiter erhielten eine Zulage von 20 Pf. pro Tag. Damit war aufs klarste bemiesen, daß die Lage der Arbeiter verbesserungsbedürftig war. Die Fabrikleitung glaubte

**Uebersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1905.**

Gau	Zahlstellen	Mitgliederzahl am Schlusse des Quartals		Beteiligte		Arbeitslose Mitglieder am Orte			Von den Arbeitslosen bezogene Verbandsunterstützung (insgesamt im Quartal)													
		am Schlusse		Zahlstellen	Mitglieder		insges. im Quartal (unterstützte und nicht-unterstützte)			a) am Orte						b) auf der Reise						
		männl.	weibl.		männl.	weibl.	männl.	weibl.	zus.	männliche Mitglieder	Zahl der Tage	Markt	weibliche Mitglieder	Zahl der Tage	Markt	männliche Mitglieder	Zahl der Tage	Markt	weibliche Mitglieder	Zahl der Tage	Markt	
1	96	13 437	1002	60	10 900	974	299	31	330	153	2140	2640	14	241	140	185	362	362	1	6	3	
2	84	10 922	1630	49	9 291	1535	308	22	230	121	1462	1794	6	134	74	67	180	180	1	3	3	
3	40	9 627	611	21	7 906	578	134	19	153	60	693	830	14	248	199	52	156	156	—	—	—	
4	36	8 690	120	23	8 243	112	188	19	207	103	1656	2003	14	326	176	10	23	34	—	—	—	
5	26	5 689	1729	12	4 370	1707	68	5	73	67	1444	1409	4	62	23	42	146	150	—	—	—	
6	31	2 767	210	16	1 697	181	11	1	12	11	144	241	1	24	12	4	8	8	—	—	—	
7	28	3 686	97	20	2 913	73	72	2	74	39	623	772	—	—	—	—	29	26	2	6	6	
8	47	5 186	391	30	4 050	372	162	9	171	52	1015	1453	4	89	58	59	95	99	1	3	2	
9	16	1 469	97	7	678	97	7	1	8	—	5	—	—	—	—	21	66	66	—	—	—	
10	73	15 444	1318	47	14 008	1389	367	23	410	184	2470	3043	17	382	256	299	689	689	—	—	—	
<b>Einsgesamt</b>	<b>73</b>	<b>61</b>	<b>2</b>	<b>—</b>	<b>51</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>—</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>19</b>	<b>23</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
	474	72 071	7207	285	69 026	6970	1539	132	1671	784	11 671	14 215	74	1496	938	756	1759	1770	5	18	14	

Nach der vorstehenden Tabelle sind am Schlusse des 4. Quartals 1905 474 Zahlstellen mit 72 071 männlichen und 7201 weiblichen Mitglieder, zusammen 79 278 Mitgliedern vorhanden gewesen. Die Fragelarten haben aber nur 285 Zahlstellen mit 65 996 Mitgliedern eingesandt. Einige Karten sind zu spät eingetroffen. Die Bevollmächtigten und Vertrauensmänner von 189 Verwaltungstellen mit 13 282 Mitgliedern haben es also unterlassen, die Karten rechtzeitig oder überhaupt einzusenden, ein Verfahren, welches nicht scharf genug gerügt werden kann. Haben wir doch hierdurch nicht die Zahl

der wirklich vorhanden gewesenen Arbeitslosen, der unterstützten Mitglieder und der verausgabten Unterstützungssumme erhalten. Aus diesem Grunde kann auch die Zahl der Arbeitslosen zur Zahl der Mitglieder nicht verglichen werden. Das Verhältnis der Zahl der Arbeitslosen zur Zahl der Mitglieder, der an der Statistik beteiligten Zahlstellen beträgt 2,5 Prozent. In den übrigen Verbänden, die an das Kaiserliche Statistische Amt (Abteilung für Arbeiterstatistik) berichten, waren im 3. Quartal 1905 im Durchschnitt 7,1 Prozent Arbeitslose vorhanden.

Die geringe Zahl der Arbeitslosen in unserem Verbands mag auch dadurch entstanden sein, daß hauptsächlich die größeren Zahlstellen nur über die Mitglieder Angaben gemacht haben, die bezugsberechtigt sind, also zur Meldung verpflichtet waren. Hier sind Einrichtungen zu schaffen, daß auch die noch nicht bezugsberechtigten zur Meldung angehalten werden. Bei der Veröffentlichung der Uebersichtstabelle für das 1. Quartal 1906 werden wir die Namen der Zahlstellen, die sich nicht beteiligt haben, mit veröffentlichen.

